

Beschluss des Parteirates

6. März 2006, Berlin

Grüne

Gleiche Rechte – Gleiche Chancen Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt verwirklichen!

Die deutsche Wirtschaft hat ein massives Defizit an Frauen in Führungspositionen. Im Niedriglohnbereich und bei Teilzeitarbeit hingegen sind Frauen überproportional vertreten, und das meist nicht freiwillig.

Die jüngst veröffentlichte 2. Bilanz zur Chancengleichheit macht es deutlich: Frauen sind noch lange nicht angemessen repräsentiert, obwohl sie die besseren Noten und Abschlüsse haben. In den obersten Führungsetagen von Großbetrieben haben Frauen Seltenheitswert. Ganze vier Prozent der Führungskräfte in Betrieben mit über 500 Beschäftigten sind Frauen. Nur wenn man Kleinstbetriebe mit bis zu zehn Beschäftigten in die Beurteilung mit aufnimmt und die erste Führungsebene sehr weit fasst, kommt man auf einen Anteil von 24 Prozent von Frauen in Führungspositionen. Die Position der Ministerin von der Leyen, auf Grundlage dieser Daten gesetzliche Regelungen zur Gleichstellung abzulehnen, ist nicht nachvollziehbar.

Mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten sind kein Problem einzelner Frauen, die „es nicht



geschafft“ haben, sondern Resultat diskriminierender Strukturen.

Die Bundesregierung ist durch das Grundgesetz gefordert, die Gleichberechtigung der Geschlechter durchzusetzen. In den letzten Jahren wurden dazu auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Reihe von Maßnahmen ergriffen. Das Gleichstellungsgesetz für den Öffentlichen Dienst und die Bundeswehr sind hier ebenso zu nennen wie das Teilzeitgesetz und die Änderungen bei der Elternzeit, in der es jetzt einen Rechtsanspruch auf Teilzeit gibt. Diese Maßnahmen müssen konsequent weiterentwickelt werden.

Mehr Frauen in Führungspositionen - Mehr wirtschaftliche Dynamik

Frauen haben ein Recht auf gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Frauen stoßen noch viel zu oft auf Strukturen und gesellschaftliche Vorgaben, die ihre gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsmarkt behindern. Das ist nicht nur ein Gerechtigkeitsproblem, sondern auch ein Innovationshemmnis. Die deutsche Wirtschaft kann es sich nicht leisten, auf das Potential und die Begabungen von Frauen zu verzichten.

Wir wissen, wenn mehr Frauen selbst für ihren Unterhalt aufkommen und erwerbstätig sind, führt das zu höheren Nachfrage und zu mehr Arbeitsplätzen. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass 100 erwerbstätige Frauen zehn weitere neue Vollzeitstellen vor allem im Dienstleistungsgewerbe nach sich ziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- Effektive gesetzliche Regelungen, die Diskriminierungen am Arbeitsmarkt auch in der Privatwirtschaft verhindern, Frauen bei Beförderungen und Qualifikationsmaßnahmen unterstützen und Benachteiligungen durch den Arbeitgeber sanktionieren.
- Öffentliche Aufträge künftig bevorzugt an Betriebe zu vergeben, die nachweislich Maßnahmen zur Gleichstellung ergreifen.
- Die zügige Umsetzung der EU-Gleichbehandlungsrichtlinie im Rahmen eines Antidiskriminierungsgesetzes. Dazu gehört auch die geschlechtsspezifische Erhebung aller relevanten Arbeitsmarktdaten.

Frauen am Arbeitsmarkt – Lohngerechtigkeit sichern:

Unter den 25 EU-Ländern gibt es nur zwei, in denen die Lohnkluft zwischen den Geschlechtern noch größer ist als in Deutschland: Estland und die Slowakei. Gleichwertige Arbeit wird bei uns immer noch ungleich bezahlt. Frauen verfügen über rund ein Viertel weniger Geld als Männer, bei vergleichbaren Tätigkeiten. Trotz des Anstiegs der Frauenerwerbstätigenquote auf beinahe 60 Prozent herrscht in den meisten Familien weiter die traditionelle Arbeitsteilung vor: Während

der Mann das Familieneinkommen sichern soll, gilt die Frau als Zuverdienerin. Dies hat zur Folge, dass Frauen viel häufiger als Männer in Berufen mit schlechter Entlohnung oder mit geringem Arbeitszeitvolumen beschäftigt sind. Frauen mit Migrationshintergrund haben es besonders schwer, Zugang zum Arbeitsmarkt zu erlangen. Die Zunahme der nicht existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen von Frauen hat schwerwiegende Folgen für die Altersvorsorge. Weil sie weniger verdienen, zahlen sie geringere Beiträge in die Sozialversicherungssysteme ein, was sich in deutlich niedrigeren Renten niederschlägt. Seit Jahrzehnten liegt deshalb die durchschnittliche Frauenrente um ca. 50 Prozent unter der durchschnittlichen Männerrente. Eine gleichberechtigte, existenzsichernde Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt ist das sicherste Mittel, um Altersarmut vorzubeugen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern:

- entschiedene Maßnahmen, die die Umwandlung regulärer Arbeitsverhältnisse in Minijobs verhindern. Die bisherige Regelung von Mini- und Midijobs müssen in einem einheitlichen Konzept zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge bei kleinen Einkommen nach dem grünen Progressiv-Modell aufgehen.
- ein Recht auf Weiterbildung und Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen, auch wenn sie keine Leistungen nach dem ALG II beziehen.
- eine Berufsberatung, die Mädchen ermutigt Berufe mit Zukunft und Aufstiegschancen zu ergreifen und die eine Aufteilung in Frauen- und Männerberufe überwindet.
- eine gerechtere, an objektiven Kriterien orientierte Bewertung und Bezahlung aller Berufe
- die Belange von Migrantinnen gezielt zu berücksichtigen. Der Öffentliche Dienst sollte hier mit gutem Beispiel voran gehen. Über entsprechende Förderprogramme besteht dort die Chance, den Anteil gerade auch besser qualifizierter MigrantInnen zu steigern.

Arbeitsteilung:

Frauen übernehmen nach wie vor den größten Teil der gesellschaftlichen Arbeit: Kinderbetreuung und -erziehung, Hausarbeit und Pflege. Wollen sie berufstätig sein, mangelt es an der nötigen Infrastruktur. Solange es nicht ausreichend Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Öffnungszeiten und adäquate Hilfen für pflegende Angehörige gibt, können viele Frauen überhaupt nur in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit geringer Stundenzahl arbeiten. Ohne die Einbeziehung der Männer an diesen Arbeiten, werden wir nicht erfolgreich sein. Sie müssen ermutigt werden und Möglichkeiten erhalten vorgefestigte Rollenbilder zu überwinden.

Frauen, die nach wie vor den Hauptteil der Erziehungs- und Pflegearbeit leisten, brauchen Weiterqualifizierung und Maßnahmen, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben ermöglichen. Vor

allem solche Maßnahmen, die eine längere Unterbrechung im Job verhindern, würden die Partizipation von Frauen an beruflichen Karrieren erhöhen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern

- mehr Teilzeitarbeitsplätze und die Nutzung aller Instrumente der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, die den Interessen der Beschäftigten entsprechen. Das muss auch für Männer und Frauen in Führungspositionen gelten.
- Der Ausbau qualitativ hochwertiger und flexibler Kinderbetreuung muss Vorrang vor Transferleistungen haben.
- Strukturen im Steuerrecht, die sich negativ auf die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt auswirken, wie das Ehegattensplitting und die Steuerklassen 3 und 5 müssen in eine Individualbesteuerung mit übertragbarem Höchstbetrag umgewandelt werden.

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN fordern die Bundesregierung auf, den Gleichstellungsauftrag des Grundgesetzes ernst zu nehmen und die Gleichstellung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt entschieden durchzusetzen.

Freiwillige Vereinbarungen und die Aufzählung einzelner guter Beispiele reichen dazu nicht aus.

Beschluss: einstimmig